



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 11. März 2012

Greuter, Nicole ; Milic, Thomas ; Widmer, Thomas

Other titles: Analyse des votations fédérales du 11 Mars 2012. Analisi delle votazioni federali dell'11 Marzo 2012

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-63378>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Greuter, Nicole; Milic, Thomas; Widmer, Thomas (2012). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 11. März 2012. Bern: GfS Bern.



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 11. März 2012

Nicole Greuter, Thomas Milic und Thomas Widmer

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»	1'151'967 50.6 %	1'123'522 49.4 %
Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen» (Bauspar-Initiative)	979'942 44.2 %	1'237'728 55.8 %
Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»	771'742 33.5 %	1'531'635 66.5 %
Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)	1'914'850 87.0 %	285'008 13.0 %
Bundesgesetz über die Buchpreisbindung (BuPG)	966'576 43.9 %	1'233'869 56.1 %

Stimmbeteiligung: 45.1 %

gfs.bern
Menschen.Meinungen.Märkte.
Hirschengraben 5
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06
Fax 031 / 311 08 19
E-Mail: info@gfsbern.ch

Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft
Affolternstrasse 56
8050 Zürich

Tel. 044 / 634 3848
Fax 044 / 634 4925
E-Mail: milic@ipz.unizh.ch

VOX 106 vom 11. März 2012

Hauptresultate der Analyse zur Abstimmung vom 11. März 2012

Am 11. März 2012 wurden dem Schweizer Stimmvolk drei Initiativen und zwei Behördenvorlagen zum Entscheid vorgelegt. Die Stimmenden hiessen die Zweitwohnungsinitiative und die Geldspielregelung gut, lehnten jedoch die drei anderen Vorlagen mehrheitlich ab.

Die Zweitwohnungsinitiative

Zum wiederholten Male innerhalb von nur wenigen Jahren wurde ein Volksbegehren an der Urne angenommen. Eine hauchdünne Mehrheit von 50.6 Prozent der Teilnehmenden stimmte der Zweitwohnungsinitiative zu. Die Analyse zeigt, dass die Initiativforderungen eine breite Unterstützung fanden und nicht bloss von bestimmten Merkmalsgruppen gutgeheissen wurden. So lagen die Annahmeraten über das gesamte ideologische Spektrum hinweg nirgendwo unter vierzig Prozent. Dabei wurde die Initiative im linken Lager am stärksten unterstützt, aber selbst rechtsausen betrug der Ja-Stimmenanteil noch beachtliche vierzig Prozent.

Die Analyse der Parteilinientreue offenbart ein ähnliches Muster. Eine deutliche Mehrheit der SP-SympathisantInnen legte ein Ja in die Urne (75%). Von den AnhängerInnen der beiden bürgerlichen Parteien, CVP und FDP, wurde das Begehren zwar mehrheitlich abgelehnt. Allerdings stimmte sowohl bei der CVP (28%) als auch bei der FDP (33%) eine beträchtliche Minderheit zugunsten der Initiative. Die Erfolgchancen der Initiative wurden ausserdem dadurch erhöht, dass sie für einen erheblichen Anteil der SVP-AnhängerInnen attraktiv wirkte. In unserer Stichprobe gaben 48 Prozent der SVP-SympathisantInnen an, zugunsten der Initiative gestimmt zu haben.

Die Regionszugehörigkeit spielte eine bedeutende Rolle beim Entscheid. Stimmende aus den hauptbetroffenen alpinen Tourismusregionen lehnten das Begehren stärker ab als solche aus dem Mittelland. Indes, selbst in den Alpenkantonen fand sich eine beträchtliche Unterstützung für die Initiative. Ausserdem sind sowohl diesseits wie auch jenseits des «Alpengrabens» dieselben Konfliktmuster sichtbar.

Der mit Abstand am häufigsten genannte Zustimmungsgrund war die Bewahrung und der Schutz der Landschaft bzw. der alpinen Bergregionen. Etwa sechs von zehn Ja-Stimmenden (59%) gaben dieses Motiv als primären Entscheidgrund an. Selbst eine beträchtliche Zahl der Nein-Stimmenden anerkannte die von den InitiantInnen aufgeworfene Problematik. Denn sie lehnten die Anliegen der Initiative nicht prinzipiell ab, sondern argumentierten, dass die Initiative zu weit gehe, einen zu zentralistischen Charakter aufweise oder die Zwanzig-Prozent-Regel zu starr sei.

Die initiativunterstützenden Argumente erfuhren eine fast schon sensationell anmutende Zustimmung. Alle drei von uns untersuchten Pro-Argumente hatten Akzeptanzraten von knapp achtzig Prozent oder mehr. Selbst die Nein-Stimmenden befürworteten alle drei Pro-Argumente mit Mehrheiten zwischen 62 und 73 Prozent. Angesichts dieser Zahlen überrascht es, dass die Zustimmung zur Initiative nicht deutlicher ausgefallen ist. Der Umstand, dass die Initiative trotz weitgehender

Übereinstimmung mit ihren grundlegenden Forderungen nur hauchdünne angenommen wurde, zeigt, über welche überwältigende Durchschlagskraft die Initiativargumente verfügen müssen, um an der Urne die Oberhand zu behalten.

Die Bauspar-Initiative

Im Stimmverhalten zur Bauspar-Initiative ist kein ideologisches Konfliktmuster zu erkennen. Das lag wohl daran, dass die politischen Eliten während des Abstimmungskampfes teilweise widersprüchliche Signale aussendeten. So konnte sich das Parlament gar nicht erst auf eine Empfehlung einigen und bei den bürgerlichen Parteien, welche die Vorlage unterstützten, gab es eine hohe Zahl abweichender Parolen der Kantonalparteien.

Hingegen flossen persönliche Nutzenkalküle in die Meinungsbildung mit ein. So wurde im Vorfeld der Abstimmung das Argument vorgebracht, dass junge Familien von der Vorlage überdurchschnittlich profitieren könnten. Effektiv nahmen Verheiratete oder in Partnerschaft Lebende die Vorlage häufiger (47 bzw. 48%) an als Ledige (29%), Geschiedene (24%) oder Verwitwete (29%). Auch das Alter wirkte sich auf den Entscheid aus, allerdings erst ab einer bestimmten Höhe. Die Altersklassen zwischen 18 und 69 wiesen Annahmeraten von vierzig Prozent oder mehr auf, während die über Siebzيجährigen die Bauspar-Initiative deutlicher (70%) ablehnten.

Angenommen wurde die Vorlage hauptsächlich aus zwei Gründen: Die einen wollten den Jungen bzw. den jungen Familien das Bausparen erleichtern und die anderen zählten sich selbst zu den potentiellen Nutznießern der Initiative. Daneben wurde auch noch die generelle Förderung der Wohneigentumsquote als Motiv genannt. Abgelehnt wurde die Vorlage besonders deswegen, weil sie – wie die Nein-Stimmenden argumentierten – bloss einer kleinen Zahl von BürgerInnen nütze, die zudem gar nicht auf Steuererleichterungen angewiesen wäre.

Die Ferieninitiative

Die Initiative der gewerkschaftlichen Dachorganisation «TravailSuisse» hatte von allen fünf Vorlagen die höchste Beteiligungsquote (45.1%) und scheiterte deutlich an der Urne. Zwei Drittel der Stimmenden sprach sich gegen eine Erhöhung der Anzahl Ferienwochen aus.

Der Graben zwischen Befürwortenden und Ablehnenden folgte dem Links-Rechts-Gegensatz. Die Ja-Stimmen kamen hauptsächlich von linksaus (71%). Schon im linken Lager sank die Zustimmung auf 54 Prozent. In der Mitte konnten nur noch wenige Stimmen gewonnen werden (22%) und im rechten Lager fiel die Zustimmung gar unter zwanzig Prozent. Die Analyse des Stimmverhaltens der ParteianhängerInnen bestätigt diesen Befund. Das bürgerlich-konservative Lager (CVP, FDP und SVP) lehnte die Initiative mit über achtzig Prozent ab, während die SP-Gefolgschaft der Gewerkschafts-Initiative mit einem Anteil von zwei Dritteln zustimmte.

Die persönliche Stellung im Erwerbsleben spielte auch eine Rolle beim Stimmentscheid. Erwerbstätige (37%) stimmten der Initiative deutlicher zu als Nicht-

Erwerbstätige, die persönlich nicht mehr direkt von mehr Ferien profitieren können (26%). Erwerbstätige, die bereits sechs Wochen Ferien haben (42%), setzten sich zudem etwas häufiger für eine Erhöhung der Anzahl Ferienwochen ein als diejenigen, welche nur vier Wochen Ferien haben (37%).

Die Ja-Stimmenden begründeten ihren Entscheid mehrheitlich damit, dass sie dem Anliegen der Initiative unspezifisch positiv gegenüber standen. Rund ein Drittel der Ja-Stimmenden nahm die Initiative an, um der gestiegenen Belastung am Arbeitsplatz und den negativen Folgen für die Gesundheit Rechnung zu tragen. Abgelehnt wurde die Initiative hauptsächlich aus wirtschaftlichen Überlegungen. Die Nein-Stimmenden waren der Ansicht, dass zusätzliche Ferienwochen die Wirtschaft zu stark belasten würde. Vor allem für KMU, so die Entscheidrechtfertigung vieler Nein-Stimmender, wäre die Initiative finanziell nicht tragbar gewesen.

Das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung

Wie beim Stimmverhalten zur Ferieninitiative ist auch bei der Buchpreisbindung ein klassisches ideologisches Konfliktmuster zu erkennen. Die Befragten, welche mit einer Partei sympathisieren, folgten mehrheitlich der jeweiligen Parteilinie. Die AnhängerInnen der bürgerlich-konservativen Parteien lehnten die Vorlage deutlich ab (FDP mit 71%, CVP mit 65% und SVP mit 64%), während SympathisantInnen von SP (61%) und Grünen (80%) den fixen Buchpreisen mehrheitlich zustimmten.

Während die Buchpreisbindung in der Deutschschweiz überwiegend geschlossen abgelehnt wurde, fand die Vorlage in allen Kantonen der Romandie eine Mehrheit. Die Analyse des Stimmverhaltens nach Sprachgruppe bestätigt diesen Befund. 61 Prozent der Stimmenden aus der Romandie legten ein Ja in die Urne, in der deutschsprachigen Schweiz waren es nur gerade 37 Prozent. Das bürgerliche Lager zeigt in der Romandie ein anderes Stimmverhalten. Die CVP-SympathisantInnen stimmten in der Westschweiz mit 81% für die Buchpreisbindung und auch 52% der Befragten, welche der FDP nahe stehen, legten ein Ja in die Urne. In der Deutschschweiz verwarf die Gefolgschaft beider Parteien die Vorlage deutlich. Die SVP-SympathisantInnen stimmten in beiden Landesteilen mehrheitlich nein (Deutschschweiz: 66%, Westschweiz: 55%).

Für die Buchpreisbindung stimmten die Befragten hauptsächlich aus zwei Gründen: Neben einer einheitlichen Preisgestaltung an und für sich, wollte man den Schweizer Buchhandel schützen.

Eine Mehrheit der Nein-Stimmenden begründete ihren Entscheid damit, dass sie gegen eine Einmischung in den freien Markt sei und dass die Preisgestaltung im Buchhandel flexibel bleiben sollte, sprich jeder Händler soll die Preise selber festlegen können.

Der Bundesbeschluss über die Geldspielregelung

Die bereits im Vorfeld unbestrittene Behördenvorlage wurde mit einem deutlichen Ja von 87 Prozent angenommen. Das geringe Konfliktpotential der Abstimmung zeigte sich auch im uniformen Stimmverhalten. Alle untersuchten Merkmalsgruppen stimmten der Vorlage mit über siebzig Prozent zu. Allerdings wusste nur gerade ein Drittel der

Stimmberechtigten, um was es bei der Abstimmung ging. Deshalb begründeten ungewöhnlich viele Stimmenden ihren Entscheid mit höchst allgemeinen, nicht-inhaltsbezogenen Aussagen oder antworteten mit «weiss nicht» auf die Frage nach dem Entscheidgrund.

Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung zur Volksabstimmung vom 11. März 2012. Die Befragung wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern innerhalb von vierzehn Tagen nach der Abstimmung durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 79 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei gfs.bern die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1510 stimmberechtigte Personen, davon kamen 53 Prozent aus der Deutschschweiz, 27 Prozent aus der Westschweiz und zwanzig Prozent aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei +/- 2.5 Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.